



Leni Breymaier
Roderich Kiesewetter
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung **Baumaßnahme am Virngrundtunnel**

Die Bundestagsabgeordneten Leni Breymaier und Roderich Kiesewetter setzen sich für die vom Umleitungs- und Ausweichverkehr belasteten Kommunen ein

Berlin, 03.09.2019
Anlagen: 2 Schreiben

Leni Breymaier, MdB
Roderich Kiesewetter, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Seit Mai dieses Jahres führt das Regierungspräsidium Stuttgart im Auftrag des Bundes Arbeiten am Virngrundtunnel auf der Autobahn A7 durch. Der Bund investiert in diese Maßnahme über 12 Millionen Euro. Allerdings können die Sanierungsarbeiten nur unter Vollsperrung einer Tunnelröhre erfolgen, was zu erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen und Überlastungen auf den Bedarfsumleitungen führt.

Auf den Umleitungen kommt es deshalb zu erheblicher Staubilddung, Gefahrenzonen und Belästigung der Anwohner. Die Verkehrsbeeinträchtigungen betreffen insbesondere die Stadt Ellwangen sowie die Gemeinden Jagstzell und Ellenberg. Die dortigen (Ober-)Bürgermeister wendeten sich deshalb an die Bundestagsabgeordneten Leni Breymaier (SPD) und Roderich Kiesewetter (CDU). Diese schilderten in einem Schreiben dem Parlamentarischen Staatssekretär Steffen Bilger MdB sowie dem Regierungspräsidenten Wolfgang Reimer die Probleme vor Ort und forderten „einen strengeren Bauzeitplan“, so dass die Arbeiten am Virngrundtunnel (A7) beschleunigt werden können.“

Antwort erhielten die Abgeordneten nun aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI). Darin weist PSts Bilger darauf hin, dass die Großmaßnahme als Baubetriebsform 4 (Arbeiten rund um die Uhr in 24 Stunden an 6 Tagen die Woche) ausgeschrieben war und dass der Auftragnehmer regelmäßig hingewiesen wird, die terminlichen Vorgaben aus dem Bauvertrag, insbesondere die Fertigstellung bis Mitte 2020, zwingend zu beachten.

Breymaier und Kiesewetter freuen sich jedoch über das positive Signal aus Berlin für die betroffenen Kommunen: „PSts Bilger will unsere Anregung aufgreifen und das Anliegen von uns und den betroffenen Kommunen persönlich gegenüber dem Regierungspräsidium vertreten. Jede Beschleunigung wäre hilfreich für die vom Verkehr belasteten Gemeinden Jagstzell und Ellenberg und die Stadt Ellwangen!“, so die beiden Abgeordneten.